

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag 11, Präšanka 15 • Telefon: 26705, 31469, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33555 • Postfachamt: 37344

12. Jahrgang.

Donnerstag, 12. Mai 1932

Nr. 113.

## Notschrei aus Oesterreich.

Wien, 11. Mai. Die österreichische Regierung hat dem Völkerbund mitgeteilt, sie würde sobald als möglich und mit größter Beschleunigung mit den Vertretern des Völkerbundes über die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Situation des Landes verhandeln.

Wie verlautet, sollen sich diese Beratungen u. a. auf die Dringlichkeit einer Kredithilfe und auf Maßnahmen beziehen, die notwendig werden würden, wenn sich diese Kredithilfe nicht einstellen würde.

## Schmählicher Umfall der Großdeutschen.

### Auflösungstermin wird erst im Herbst bestimmt.

Wien, 11. Mai. (Eigenbericht.) Die Großdeutschen, die seinerzeit selbst einen Antrag auf Auflösung des Nationalrates eingebracht hatten, haben heute im Verfassungskonvent bewiesen, daß sie ihren Antrag nicht ernst gemeint hatten. Obwohl sie noch gestern erklärt hatten, sie würden für den sozialdemokratischen Auflösungsantrag stimmen, sind sie heute schmählich umgefallen. Sie haben zwar für den ersten Paragraphen des sozialdemokratischen Auflösungsantrages gestimmt, der prinzipiell feststellt, daß der Nationalrat aufgelöst werden soll, und ihm damit zur Annahme verhelfen, haben aber dann einen Abänderungsantrag gestellt, daß der Termin der Neuwahl erst in der Herbsttagung bestimmt werden soll. Damit war der sozialdemokratische Antrag gescheitert, da für den großdeutschen Abänderungsantrag außer den Sozialdemokraten und dem Heimatsklub alle anderen Parteien stimmten.

Zum Lohn dürften die Großdeutschen morgen in die neue Regierung Dollfuß aufgenommen werden. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind allerdings noch nicht zu Ende, ebenso nicht die Verhandlungen mit dem Heimatsklub.

## Leon Blum gegen eine Konzentrationsregierung.

Paris, 11. Mai. Im „Populaire“ schreibt der sozialistische Abgeordnete Léon Blum, es sei nicht zu bestreiten, daß die Gefahr der radikalen Senatoren, die sich zugunsten Lebruns ausgesprochen, auf eine Konzentrationsmöglichkeit, ja sogar eine nach rechts erweiterte Konzentration, hin abgestellt sei. Die Sozialisten wollen keine Konzentration, sie wollen nicht, daß die Wahllawagne in Vergessenheit gerate und daß der Volkswille, der durch die Wahl zum Ausdruck kam, mißachtet werde. Die Sozialisten würden niemals eine Verbindung mit Mandin, Laval oder der sogenannten „treuen Mehrheit“ zulassen, die das Land davon abgejagt habe.

Allgemein wird erwartet, daß der Präsident der Republik, getreu dem verfassungsmäßigen Brauch, mit der Bildung des neuen Kabinetts den Führer der größten freigerechten Partei, in diesem Falle also Herrriot, den Führer der Radikalen, betrauen wird. Das Hauptinteresse konzentriert sich um die Frage, ob Herrriot am Kabinett mit den Sozialisten oder ein Konzentrationskabinett ohne die Sozialisten bildet wird.

Zahlreiche Politiker der Linksparteien sprechen sich für den Versuch, ein neues Linkskabinett zu bilden, aus. Der letzte Kongreß der sozialistischen Partei hat sich — wie erinnerlich — gegen die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung ausgesprochen, doch bleibt der Zusammenschluß des neuen Parteienkongresses Ende Mai und dessen Beschlüsse abzuwarten.

Wiel wird von den radikalen Senatoren abhängen, welche gestern z. B. die Wiedererfassung der Kandidatur Painlevés und die Wahl des Präsidenten der Republik aus den Reihen der Gemäßigten durchgesetzt haben.

## Japan räumt wirklich?

Tokio, 11. Mai. (Kenter.) Die japanische Regierung erklärte, daß sie im Laufe von dreißig Tagen alle Truppenabteilungen aus Shanghai abzurufen werde.

## Für Abrüstung und völlige Schuldenstreichung.

### Appell Brünnings an das Weltgewissen.

Berlin, 11. Mai. Im Reichstag nahm heute Reichkanzler Dr. Brüning das Wort zu einer großen politischen Rede, die ausgesprochenemmaßen an die Adresse der Staatsmänner der ganzen Welt gerichtet war. Es war eine letzte dringende Warnung und Mahnung an die Welt, mit der Lösung der Reparations- und Abrüstungsfrage nicht länger zu zögern, weil die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so rapid fortschreitet, daß bei längerem Zögern vielleicht kein Land mehr einen Ausweg finden werde. Dabei deutete der Kanzler an, daß auch Frankreichs Hoffnung, allein von der wirtschaftlichen Zinnsfahne verschont zu werden, sich nicht erfüllen werde.

Der Kanzler führte u. a. aus: Es wird starke Kritik geübt an dem Tempo der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Ich muß aber feststellen, daß zwischen dem Monat Feber und den Verhandlungen vor vierzehn Tagen doch gewisse Fortschritte gemacht worden sind. Man ist sich der Notwendigkeit bewußt, die Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Abrüstung, Reparationen und Weltkriege können nicht voneinander getrennt werden und sind so wichtig, daß von ihnen aller Voraussicht nach das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird.

Es ist falsch, wenn man die Dinge so darstellt, als ob in Europa erst jetzt mit der Durchführung der Abrüstung begonnen werde. Begonnen hat man schon vor zwölf Jahren, als man Deutschland und seine ehemaligen Verbände zwecks Einleitung der allgemeinen Abrüstung zur Entwaffnung zwang. Nur ist man bei diesem Anfang stehen geblieben, ohne daraus die unbedingt notwendigen, selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. Das Mißverhältnis der Rüstungen hat zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre der ganzen Welt geführt (Sehr richtig!). In seiner Gesamtheit ist Europa heute trotz der Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten der höchst gefährlichste Kontinent, der gegenüber der Vorkriegszeit seine Rüstungsausgaben fortlaufend gesteigert hat. Aus dieser Lage ergeben sich die deutschen Abrüstungsforderungen von selbst. Was wir wollen, ist die allgemeine Abrüstung und Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung. Beide Ziele sind so eng verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutschlands Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung.

Darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern der Konferenz von den weittragendsten politischen Folgen

auch auf anderen politischen Gebieten sein müßte und sich unmittelbar auch auf die Wirtschaftslage in verhängnisvoller Weise auswirken würde. In den einzelnen Ländern hat die Krise ihren verhängnisvollen Fortgang genommen; man muß sich auch hier zu Entscheidungen kommen.

Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden; erst dann ist der Weg der Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei, und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes Land reicher sein als vorher.

Treulich ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlungen wieder aufnimmt, oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung leistet. Welche Länder werden in Zukunft bereit sein, die deutschen Ausfuhrerträge in dem notwendigen Ausmaß anzunehmen, ohne uns Anleihen zu gewähren? Ueberall sehe ich nur das Gegenteil einer solchen Bereitwilligkeit.

Dann rechtfertigte der Reichkanzler die Auflösung der S. A. und mahnte die Nationalsozialisten zu Mäßigung und Vorsicht, insbesondere im Verkehr mit ausländischen Politikern und Publizisten. Er schloß:

Die Lage in der Welt kann sich nur ändern, wenn Klarheit in der Reparations- und in der Abrüstungsfrage geschaffen wird und wenn die Welt von dem wahnsinnigen System der Zerstörung des internationalen Verkehrs und Handels wieder abgeht. Werden rechte Maßnahmen zur rechten Zeit durchgeführt, dann kann man allerdings zum erstenmal vielleicht von etwas wie Frieden seit dem Ende des Krieges überhaupt sprechen. Nicht mit Fanfaren, sondern mit ruhigen Worten habe ich das Notwendige gesagt und mir dadurch in der Welt vielleicht etwas erworben, was ich für Deutschland einsehen kann. Wenn Sie (zu den Nat.-Soz.) daran denken, in so kritischer Zeit die Macht zu erobern, so rate ich ihnen dringendst, in Ausdrücken, in Formeln und im Inhalt der Agitation sich rechtzeitig Beschränkungen aufzuerlegen; denn die Hoffnungen, die sie dargelegt haben, können sich nie erfüllen. Den größten politischen Fehler würde ich begehen, wenn ich bei den letzten hundert Metern die Ruhe verlore.

## Die Eisenbahner bei Minister Hála.

### Vorlage ihrer Forderungen.

Prag, 11. Mai. Heute verhandelten die Vertreter der großen Eisenbahnerorganisationen, darunter des Verbandes der Eisenbahner und der „Unie“, mit dem Eisenbahnminister in Gegenwart aller leitenden Beamten des Ministeriums über die Forderungen des Personals, die in folgenden Punkten zusammengefaßt wurden:

1. Verhandlung aller Angestelltenforderungen mit dem Zentralausschuß der Vertrauensmänner, falls eine Einigung nicht möglich ist, soll der Minister nach Verhandlungen mit den Organisationen entscheiden;
2. Berufung von Vertretern der Organisationen in den Verwaltungsausschuß;
3. Einstellung der Verschlechterung der Verhältnisse der Angestellten, namentlich der Aushebung der Vertrags- und Hilfsangestellten aus der Arbeit und der Herabsetzung der Löhne und Bonusdiale;
4. Pensionierung aller Überbedienten;
5. Vorbereitung der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden wöchentlich;
6. Durchführung des § 25 des Gesetzes über die Amtsdauer und des § 112 über die Einführung der vorausgegangenen Dienstzeit;

7. Novellierung der Verordnung Nr. 15 und Regelung der dienstrechtlichen Verhältnisse der Angestellten.

Die außerdem gestellte Anfrage über seine Absichten mit den Angestellten der aufgelassenen Direktion Prag-Nord beantwortete der Minister dahin, daß die Auflösung notwendig sei, daß er diese Frage aber keineswegs gewaltsam lösen wolle. Die Angestellten der Direktion, bei denen alle Voraussetzungen erfüllt sind, werden pensioniert werden. Die übrigen verbleiben auf ihren Posten, soweit sie nicht bei den anderen Direktionen notwendig sind oder nicht selbst um Veretzung anfragen. Die heutige Direktion soll zur Vorbereitung der Reorganisationsmaßnahmen, namentlich der Normalisierung und Typisierung, Verwendung finden. Bei Besetzung von Stellen bei anderen Direktionen wird in erster Linie auf Beamte aus der aufgelassenen Direktion Rücksicht genommen werden. Von auswärts wird freilich niemand nach Prag verlegt werden.

Bezüglich der übrigen Forderungen erbat sich der Minister eine Frist zu ihrem Studium und versprach in kurzer Zeit eine ausführliche Antwort. Er machte allerdings sofort aufmerksam, daß das Unternehmen eine weitere Belastung des Personals nicht vertrage; Pensionierungen über den normalen Abgang hinaus könnten also nur dann erfolgen, wenn man eine neue Bedeckung finde.

## Die Hyänen des Krisenschlachtfeldes.

Jede Katastrophe zeigt Beispiele größter Heldennütze und tiefster menschlicher Verworfenheit. Als im Jahre 1908 die süditalienische Stadt Messina durch Erdbeben und Sturmfluten vernichtet wurde, eilten aus nah und fern Retter herbei. Unter Einsatz des eigenen Lebens arbeiteten sie Tag und Nacht, um das Trümmerfeld aufzuräumen, die Verschütteten zu bergen, Hungerndot und Seuchen abzuwehren. Gleichzeitig aber wurde die Unglücksstätte von einer Horde von Spießbuben überflutet, die im Gewande des Helfers auf Raub und Plünderung auszogen. Man mußte damals drakonische Maßnahmen ergreifen, um die so schwer heimgegriffene Stadt von dieser Pest zu befreien.

Die Wirtschaftskatastrophe, die wir durchleben, zeigt ähnliche Erscheinungen. Das Land ist überflutet von zertrümmerten Existenzen. Millionen arbeitsloser sind qualvoll zwischen Not und Ungewißheit eingekesselt und rufen verzweifelt nach Hilfe. Helfer und Berdender eilen herbei. Samariter, die das ungeheure Krisenleid nach besten Kräften lindern wollen und politische Spekulant, die davon profitieren möchten. Rettung der Krisenopfer und Aufbau der Wirtschaft werden von dunklen Gestalten gehemmt, die ihre Ziele nur im Chaos erreichen können.

Die gefährlichste Hyäne des Krisenschlachtfeldes ist der Faschismus. Im deutschen Gebiete dieses Staates wird er durch die Pastardfigur des Nationalsozialismus verkörpert. Soziale Illusionen, antikapitalistische Stimmungen ihrer ahnungslosen Gefolgschaft ändern nichts an der konterrevolutionären Rolle der Dakenkreuzbewegung. Sie untkreist beutegierig das Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit. Wo Arbeiter um ihre nackte Existenz, um ihr Lebensrecht kämpfen, ist sie zur Stelle, um Verwirrung und Unheil zu stiften. So beim letzten Bergarbeiterstreik, so auch beim Bauarbeiterstreik in Nordwestböhmen. Aus Not und Verzweiflung der proletarischen Krisenopfer wird Kapital geschlagen. Zu den Betriebsratswahlen eines großen nordwestböhmerischen Unternehmens wurde von den deutschen Nationalsozialisten ein Flugblatt folgenden Inhalts verbreitet:

„Kameraden! Seid auf der Hut. Das schandbare Verhalten sozialdemokratischer Führer anlässlich des letzten Bergarbeiterstreikes — das unter der geleiteten deutschen Arbeiterschaft heftige Entrüstung auslöste — steht noch bei allen ehrlichen Arbeitern in bester Erinnerung! Empört wandten sich selbst die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter damals gegen ihre eigenen Führer und sagten sich auf der Stelle von ihnen los! Kaum sind jedoch letzter einige Tage vergangen, so wird mit den Bauarbeitern dasselbe Spiel getrieben. Spontan wachen in den letzten Tagen die Bauarbeiter des ganzen Gebietes auf fast allen Baustellen den Streik. Während die Bauarbeiter ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit im schwersten Kampfe gegen Unternehmerwillkür und gegen einen weiteren Wohnbau stehen, erheben sich sozialdemokratische Führer nun auch unter der Bauarbeiterschaft erneut zum Streikbruch aufzurufen! Nach dem gewaltigen Bergarbeiterstreik wollen die Sozialdemokraten nun auch den berechtigten Kampf der Bauarbeiter abwürgen und unmöglich machen!“

Dieses Dokument der Skrupellosigkeit enthält die neue Taktik der Dakenkreuzler. Sie stellen sich auf reinsten Nationalbolshewismus um. Nach dem Kriege beeilten sie sich, das Schandmal einer gelben Vergangenheit durch das Taufwasser einer sozialistischen Namensgebung ihrer Partei abzuwaschen. Bis in die jüngste Zeit hinein bestritten sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit dem Vorwurf, daß sie den „volkszerstörenden“ Klassenkampf führe und die Volksgenossen Arbeiter auch gegen die „ehrlisch schaffenden“ Unternehmer, gegen das harmlose „produktive Kapital“ hege. Damit kamen

# Die Front der Bauunternehmer wankt.

## 26 Baufirmen haben sich bereits verpflichtet, die Schiedsgerichtslöhne anzuerkennen. Kommunisten und Patentreuzler leisten in Tetschen, Teplitz und Döbegg Streikbrucharbeit.

Die Front der freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter wird immer größer. Viele Indifferente haben ihren Beitritt zum Bauarbeiterverbande vollzogen. Die Kommunisten und Patentreuzler leisten in Tetschen, Teplitz und Döbegg Arbeiten zu den von den Unternehmern diktierten Löhnen. Dies bedeutet im Kampfbereich Streikbrucharbeit und den kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Die nationalsozialistischen und kommunistischen Tintenflüßler, die fortwährend von Organisierung des Streikbruchs schreiben, müssen nun leben, daß ihre eigenen Anhänger Streikbrucharbeit im wahren Sinne des Wortes verrichten. Es zeigt sich nun, daß die Einheitsfront der Kommunisten und Patentreuzler, in die sie auch die freigewerkschaftlichen Arbeiter hineinlocken wollten, nichts anderes als eine Streikbrecherfront ist.

Die Unternehmer hatten leichtes Spiel und es war hoch an der Zeit, daß den Bauarbeitern die Augen geöffnet wurden.

Aber auch bei den Baumeistern brodelt es überall. Dr. Bettera und Schrittwieser haben alle Hände voll zu tun. Der eine jagt von Unternehmer zu Unternehmer, um zu kontrollieren, ob sie Reverte ausgegeben und ob die Weisungen des Arbeitgeberbundes, den Schiedsgerichtslöhne nicht anzuerkennen, eingehalten wurden. Inzwischen haben die Baumeister in den einzelnen Bezirken Konferenzen ab, auf denen es äußerst lebhaft zugeht. Eine solche Konferenz fand in Teplitz statt.

Viele Baumeister erklärten, daß sie nicht mehr mitun, denn sie haben durch die Weisungen des Arbeitgeberbundes bisher nur großen Schaden erlitten. Die kleinen Meister, insbesondere die Maurer- und Zimmermeister teilen die Auffassung, daß die Löhne nach dem Schieds-

spruch bezahlt werden können. Man hat ja in einer gemeinsamen Besprechung beschlossen, höhere Löhne zu kalkulieren. Nebenbei bezahlen die großen Firmen sowie die Prager Firmen, die ins Gebiet kommen, die Löhne nach dem Schiedsgerichtspruch.

Auf Grund dieser Erkenntnis haben 26 Baufirmen des Teplitzer Bezirkes sich bereits schriftlich verpflichtet, den Schiedsgerichtspruch vollständig für das Jahr 1932 anzuerkennen.

Dies bedeutet ein Zerfallen der Front des Unternehmertums. Aus Angst, daß dieses Beispiel auch auf die anderen Bezirke übergreift, hat der Arbeitgeberbund, wie uns berichtet wurde, eine Vollversammlung der Bauunternehmer nach Böhm.-Leipa berufen, um zu der eingetretenen Situation neuerlich Stellung zu nehmen. Massenlogen und Angelegen werden jedenfalls den Baumeistern, die das Diktat des Arbeitgeberbundes durchführten, einen Schaden von tausenden Kronen und wahrscheinlich Verlust von Arbeit bringen. Die Führer des Arbeitgeberbundes, die hauptsächlich von Mitgliedsbeiträgen der Genossenschaftsmitglieder erhalten werden und selbst beinahe nichts bauen, werden allerdings verschont bleiben.

Die Aktion zeigt aber auch auf der anderen Seite, daß sich die Bauarbeiter politischen Hofordern nicht anvertrauen dürfen, sondern jener Gewerkschaft sich anschließen müssen, die den Schiedsgerichtslöhne herbeigeführt hat und gleichzeitig alles anbietet, damit derselbe auch bezahlt wird.

Die beste Einheitsfront ist die Einheitsorganisation der Bauarbeiter, die gleichzeitig die Gewähr für einen Erfolg bietet.

## Ein Sowjet-Schiff in Kapitalknechtschaft.

### Oder: wie aus dem Paulus ein Saulus wurde.

Der Kurs eines Sowjet-Schiffes soll hier beschrieben werden; aber nicht der eines durch die Weltmeere segelnden Fahrzeuges, sondern die wunderbare Reise einer weiblichen und zweijährigen Erscheinung, genannt Paul Schiff.

Ausgangspunkt: die Hafenstadt Aussen, wo Paul Schiff als Sohn eines Getreidehändlers bald nach dem Umsturz mit vollen Segeln zu den Kommunisten steuerte und dort als einer der wildesten Redner und radikalsten Schreiber und Schreier die Sozialdemokratie so wütend und gefäßig bekämpfte, daß man fürchte, er verneine nicht nur in längstens einem Jahre die Sozialdemokratie total niederzureißen, sondern, was ihm natürlich noch weit wichtiger war, in eben dieser Zeit es selber mindestens zum ersten Sowjetdiktator der Tschechoslowakei zu bringen.

Und was ist nun inzwischen aus dem Burschen geworden? Nachdem ein Buch, das er schrieb, von den Unfehlbaren in Moskau als nicht ganz richtig siniiert erklärt wurde, flog er hoch im Bogen aus der KP heraus und direkt dem Kapitalismus in die Arme. Seit ein paar Wochen gibt der Biedere,

aus kommunistischen Kampfhandlungen zum Welen der väterlichen Getreidehandlung zurückfindend, eine bürgerliche Wirtschaftskorrespondenz heraus, mit der aber die bürgerliche Presse, wie man uns erzählt, nichts anzufangen weiß, weil diese nämlich über die Reize des Kapitalismus, die der Schiff nun zu entdecken sich bemüht, weit besser unterrichtet ist. Noch toller aber ist der Inhalt jener uns zugekommenen Meldung, nach der der Sowjet-Schiff als Journalist bei der Saager Wolf-Presse gelandet ist! Noch steht es nicht fest, ob er das von Aussen oder von einer anderen deutsch-böhmischen Stadt aus befohrt. Aber wir zweifeln nicht daran, daß der Schiff sehr bald selber den letzten Zipfel des geheimnisvollen Schleiens lüften wird, um der Welt ganz das denkwürdige Antlitz des Mannes zu zeigen, der

aus dem weltrevolutionären Meer von Blut und Tränen zu Sumpf und Dreck der elendesten bürgerlichen Reptilienpresse heimgefunden hat.

Weiter glückliche Fahrt, mein Schiff, du edles Sinnbild des KP!

## Eine Opposition in der Agrarpartei.

„Narodni Svobozenci“ erzählt in seinem gestrigen Leitartikel von Strömungen in der tschechischen Agrarpartei, welche die großbäuer-

liche und kapitalistische offizielle Politik dieser Partei bekämpfen. Die eine Gruppe ist um die Zeitschrift „Pravda“ geschart, es sind das meistens junge der Intelligenz angehörige Leute, welche mit Entschiedenheit die liberalkapitalistische Politik ablehnen. Sie erklären, mit der kapitalistischen Ordnung des Unrechts moralisch vollkommen fertig zu sein. Es handle sich aber nicht nur um eine neue Theorie, sondern auch um eine andere politische Praxis. In der betreffenden Zeitschrift werden daher Monopole auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Artikel verlangt. Schließlich wird gefordert, daß die Agrarpartei eine kleinbäuerliche Partei bleiben muß.

Bemerkenswert ist ferner ein Flugblatt, welches ein mährischer Bauer Jan Kadrnicek herausgibt. Er erklärt es für falsch, wenn die Agrarpartei die Bauern gegen die Arbeiter zu hegen versucht: Der wahre Grund der Krise liege darin, daß der Hauptkonsument, nämlich der industrielle Arbeiter, launisch ist. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind zwar gesunken, aber der Arbeiter müsse weiter hohe Preise zahlen, an denen sich der Zwischenhandel mäkt. Während Hunderttausende von Menschen mit einem Einkommen von 3000 bis 5000 K jährlich leben müssen, haben einige Wenige ein Einkommen von Hunderttausenden und Millionen.

Obwohl man derartige oppositionelle Stimmen in der festgefärrigten tschechischen Agrarpartei nicht überschätzen darf, sind sie doch charakteristisch und deuten darauf hin, daß sich — was für die Zukunft nicht unbedeutend erscheint — die Klassenengegensätze auch in der Agrarpartei bemerkbar machen.

Der Untersuchungsausschuß gegen Klossa, dessen Einlegung seinerzeit die Liga und die Slowakischlerikalen im Senat beantragt hatten, ist nunmehr, da er vom Initiativsausschuß am 21. April abgelehnt worden ist und die Antragsteller von ihrem Recht, an das Plenum des Senates zu appellieren, innerhalb der zulässigen Frist keinen Gebrauch gemacht haben, definitiv abgelehnt und die Angelegenheit für den Senat somit erledigt. Wie erinnerlich, hatte die Affäre seinerzeit große Verwirrung bei den Nationalsozialisten hervorgerufen, weil auch die Nationaldemokraten sich eine Zeilung dem Antrag anschließen wollten. Klossa wird nun wohl wieder in den Senat zurückkehren, den er seit Ausbruch der Affäre streng gemieden hatte.

Ein Patentreuzler als Angeber. Anlässlich der Gemeindevwahl in Kleinaugez im Bezirke Teplitz veranstaltete unsere dortige Lokalorganisation am Samstagabend vor der Wahl einen Umzug, welchem sich auch eine Schar von Kindern anschloß, wie das bei jedem derartigen Umzug üblich ist. Den Patentreuzlern war aber diese Kundgebung ein Dorn im Auge, weshalb sich der nationalsozialistische Gemeindevorteiler, der Bezugsbeamte Horn aus Kleinaugez dazu entschloß, an den Bezirksschulsausschuß eine Eingabe zu richten, in welcher er an den Bezirksschulsausschuß die Anfrage richtet, ob es zulässig sei, daß Kinder zu Wahlzwecken „ausgenützt“ werden. In der Eingabe erwähnte er auch, daß sich am Umzug auch der Vorsitzende des Ortskomitees, der Vorortler Genosse Lippert, beteiligte. Der Zweck der Eingabe ist kein anderer, als die Bezirksschulbehörde zum Einschreiten gegen den Vorsitzenden des Ortskomitees zu veranlassen. Die nationalsozialistische „Freiheit“-Bewegung schenkt also nicht einmal dem zurück, die Angeberei bei Behörden in den Dienst ihrer politischen Agitation gegen unsere Partei zu stellen!

## Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Jetzt die Papiere im Materialschrankchen ordnen! Die Blaubogen gehören in die langen Pappfäßen. Mitteilungen sind auf Mitteilungen, Briefbogen auf Briefbogen zu schieben. Das Durchschlagpapier hat im Mittelloch zu liegen, und zwar streng getrennt nach ganzen und halben Bogen. Für die Bleistifte ist ein Aluminiumfäßchen vorhanden. Das Köstchen ist in der Schublade des Schreibmaschinenteils zu verwahren. So hat Fräulein Milly es mich gelehrt. Ich muß noch einmal den Materialschrank aufschließen, weil der Stenogrammblock draußen geblieben ist. Nun noch rasch den Papierkorb unter den Schreibtisch gerückt, und ich darf sagen, daß ich meinen Arbeitsplatz in mustergeräthlicher Ordnung verlasse.

Es hat nämlich einen kleinen Verweis gesetzt heute morgen, in aller Güte selbstverständlich, aber gerade deshalb auch mit aller Nachdrücklichkeit. Schreib und Staunen über die Befürchtung, mit der der greise Kommerzienrat Piepenbrod mir meine Nachlässigkeit vorgehalten, wollen immer noch nicht schwinden. Ich hätte gern gelacht. Aber Mitleid und Ehrfurcht haben mich wehrlos gemacht gegen diese Ueberwertung einer belanglosen Keuzerlichkeit. Und obwohl ich meinen Platz aufgeräumt hatte am Abend zuvor, mit nicht mehr zwar, aber auch mit nicht weniger Sorgfalt, als mir notwendig erschien, wagte ich nicht, mich zu verteidigen. Der Gram der milden alten Augen und das Zittern des schloßweichen Doppeltes erschütterten mich zu sehr.

„Sie wird sich schon anlernen, die Kleine“, hatte Fräulein Milly sich liebreich eingemischt, und es ließ sich schwer entscheiden, wollte sie den

Kommerzienrat in seiner Betrübniß trösten oder mich in meiner Zerknirschung. Jedenfalls freichelte sie mir die Wange mit dem Handrücken und dem Alten lächelte sie innig ins Gesicht.

Als er dann verzagt und gebeugt davongeschlief — altes Herzleid und neue Sorgen lasten schwer auf dem Vierundsechzigjährigen — schob sie mir eilig die Kladda unter, in der ich unlängst das empfangene Schreibmaterial abquittierte.

„Wenn er das sieht! Mädchen, Mädchen! Nur keine geniale Kriggel bei Piepenbrod & Ceterlein! Jeder Name muß einwandfrei zu lesen sein. Das wollen wir hier mal ganz schleunigst ändern.“

Sie radierete, pustete, wischte mit Eifer. „So, mein liebes kleines Fräulein Brückner, nun schreiben Sie mir noch einmal schön leserlich und akkurat auf die richtige Zeile Ihren Namen.“

Ihr tanzeliges Gesicht war so einfältig gut gewesen, so ohne allen Arg durchdrungen von der Wichtigkeit dieser Korrektur, daß ich es nicht übers Herz bringen konnte, mich zur Wehr zu setzen und schön länderlich und akkurat meinen Namen malte.

Mit einem Stoßseufzer trennte ich mich von meinem in mustergeräthlicher Ordnung zurückbleibenden Arbeitszimmer und durchschritt nicht ohne Nachdenklichkeit die altmodischen Büros, die jetzt noch Dienstschuß mit ihren hohen Pulstern, ihren Drehschnecken und Wandvoakalen doppelt abgetrieben, jenseitig und zurückgedrückt wirken. Die peinliche Ordnungsliebe des Kommerzienrates hat ja alle Spuren tätigen Lebens hinter verriegelte Schränke verbannt.

Allzu deutlich spricht die unausgefüllte Beiläufigkeit der vielen Räume, in denen sich die Arbeitspläne fast verlieren, vom Rückgang des Unternehmens. Vor dem Kriege haben Piepenbrod & Ceterlein mit dem vierfachen Personal

gearbeitet. Nur die altbewährten treuen Kräfte hat man halten können.

Die junge Generation beschränkt sich auf zwei Exemplare: einen sehr wohlgezogenen, schüchternen und bescheidenen Lehrling, Herrn Strecker — Abiturient selbstverständlich und aus bester Familie — und auf meine Wenigkeit.

Strecker wird von den alten Mädchen der Firma teils mütterlich, teils schwärmerisch geliebt. Ich werde, wenn auch in liebenswürdigster Form, beargwöhnt. Man erwartet nicht viel von mir. Die Tatsache, daß ich zwei Jahre bei Dudenmeyer gearbeitet habe, ist keineswegs eine Empfehlung. Die Firma Wolff Dudenmeyer gehört nicht zu den alten, ehrwürdigen und achtbaren Häusern der Stadt. Man besagte mich aufrichtig, daß ich in einer so bedenkliehen Atmosphäre meine erste kaufmännische Erziehung genießen mußte (meine allerersten Stellungen habe ich wohlweislich verschwiegen). In einer Konferenz, die über die Bewerbungen um den Stenotypistenposten zu entscheiden hatte, war man sich darüber klar gewesen, daß ich viel, sehr viel liebende Rücksicht erfordern würde. Fräulein Milly's Stimme hatte schließlich den Ausschlag gegeben, daß es doch Christenpflicht wäre, ein junges Mädchen aus guter Familie vor weiteren Dudenmeyern zu bewahren.

Sie hat mir das selbst erzählt, und es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte ich mich zu einem tiefen Knicks hürtschen lassen und ihr vor Dankbarkeit die Hand gefüßt.

Nun hat sich Gott sei Dank die erste Nebelung bei mir gelegt. Ich wage schon, mit einem kräftigen Schritt aufzutreten.

„Hi, hi. Ja, ja, die liebe Jugend!“

„Ich erschrecke nicht leicht.“

„Noch immer fleißig, Fräulein August?“

„Ei gewiß, wenn einem solche Mehrarbeit gemacht wird von diekem Zaufbraun, dem kleinen Strecker. Er ist ja ein herziger Lieber

## Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Jetzt die Papiere im Materialschrankchen ordnen! Die Blaubogen gehören in die langen Pappfäßen. Mitteilungen sind auf Mitteilungen, Briefbogen auf Briefbogen zu schieben. Das Durchschlagpapier hat im Mittelloch zu liegen, und zwar streng getrennt nach ganzen und halben Bogen. Für die Bleistifte ist ein Aluminiumfäßchen vorhanden. Das Köstchen ist in der Schublade des Schreibmaschinenteils zu verwahren. So hat Fräulein Milly es mich gelehrt. Ich muß noch einmal den Materialschrank aufschließen, weil der Stenogrammblock draußen geblieben ist. Nun noch rasch den Papierkorb unter den Schreibtisch gerückt, und ich darf sagen, daß ich meinen Arbeitsplatz in mustergeräthlicher Ordnung verlasse.

Es hat nämlich einen kleinen Verweis gesetzt heute morgen, in aller Güte selbstverständlich, aber gerade deshalb auch mit aller Nachdrücklichkeit. Schreib und Staunen über die Befürchtung, mit der der greise Kommerzienrat Piepenbrod mir meine Nachlässigkeit vorgehalten, wollen immer noch nicht schwinden. Ich hätte gern gelacht. Aber Mitleid und Ehrfurcht haben mich wehrlos gemacht gegen diese Ueberwertung einer belanglosen Keuzerlichkeit. Und obwohl ich meinen Platz aufgeräumt hatte am Abend zuvor, mit nicht mehr zwar, aber auch mit nicht weniger Sorgfalt, als mir notwendig erschien, wagte ich nicht, mich zu verteidigen. Der Gram der milden alten Augen und das Zittern des schloßweichen Doppeltes erschütterten mich zu sehr.

„Sie wird sich schon anlernen, die Kleine“, hatte Fräulein Milly sich liebreich eingemischt, und es ließ sich schwer entscheiden, wollte sie den

Bursche, der Audi, oder sehen Sie sich um Gottes willen diese Kopien an!“

Sie rückt an ihrer Brille und hält sich ein Papier dicht vor die kurzschäftigen Augen.

Unmöglich, er muß das alles noch einmal schreiben, dieser Rader, dieser Nichtsnutz, dieser durchtriebene Schlingel. Wahrscheinlich hat er ein abgenutztes Blaupapier verwendet.“

Ich nehme lächelnd die Rechnungsdurchschläge des armen Zaufwindes und Luntichtguts zur Hand und halte sie gegen das Licht.

„Was wollen Sie denn? Das ist doch wunderschön zu lesen. Herrten Gebrüder Bodschwinna, Bartenstein (Schprücken), 10 Eimer Erdbeer-marmelade à M. 5.— gleich M. 50.—“

„Noch so ein Rader, noch so ein Schelm“, sicherte sie in sich hinein. „Sieh mal einer an, findet, das wäre wunderschön zu lesen! Das sollte der Herr Kommerzienrat hören oder gar der Herr Konjul! Den Herrn Konjul kennen Sie wohl noch gar nicht? Ei, ei, ei. So ist die liebe Jugend: Saus und Braus und keinen Respekt.“

Ich flüchte.

Nein, tausendmal nein! Ich kann, ich darf, ich will hier nicht bleiben. In acht Tagen läuft meine Probezeit ab. Ich muß mich entscheiden, trotz wachsender Arbeitsnot in allen Berufsweigen. Es sind herzensgute Menschen, diese Piepenbrod & Ceterlein, aber sie gehören einer verfallenen Epoche an. Sie ahnen nicht einmal, wie weit sie zurückgeblieben sind hinter dem Tempo der neuen Zeit.

Meine ursprüngliche Hoffnung, mich gerade unter diesen alten Leuten durch Einführung moderner Geschäftsmethoden rasch verdient machen zu können, hat sich sehr bald als Trugglück erwiesen. Meinem Anerbieten zum Beifried, einen geschickten und wirkungsvollen Kalkulationskurs in den Buchrechnungen zu initiieren, hat man ein nachsichtiges Lächeln entgegengelegt. (Fortsetzung folgt.)

### An unsere Kolporteurs und Abonnenten!

Anläßlich der Plingsleiertage wird auf Vertrag im Buchdruckergerwerb am Plingstmontag nicht gearbeitet. Es entfällt daher unsere Dienstagsgabe und erscheint unser Blatt erst am Mittwoch, den 18. Mai zur gewohnten Stunde.

#### Die Verwaltung.

### Etwas fürs teutsche Gemüt.

Das „Nordböh. Tagblatt“ schwärmt für den Faschismus.

Da hatte vor ein paar Tagen ein festschriftlicher Journalist eine Unterredung mit Wilhelm von Doorn. Wilhelm also hat sich zu dem Sendung Mussolini über den Faschismus und über Mussolini geäußert und nur Worte des Lobes gefunden. Das ist dem „Nordböh. Tagblatt“ wertvoll genug, um es seinen Lesern zu vermitteln. Natürlich ist Wilhelm der Deserteur für das nationalparteiliche Blatt immer noch „Der Kaiser“, „Der Kaiser“, so schreibt das Blatt, sagte, „das, was Mussolini geschaffen habe, habe die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt und werde von allen nachgeahmt werden. Zum Schluß sprach der Kaiser seine Zufriedenheit darüber aus, daß er Gelegenheit hatte, über Italien zu sprechen, und trug dem Korrespondent der „Gazetta del Popolo“ Grüße für Mussolini auf, wenn er ihn sehen würde.“

„Der Kaiser“ grüßt Mussolini, der einer der Haupttreiber zum Eintritt Italiens in den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich war.

„Der Kaiser“ lobt die „weisse Sozialpolitik“ Mussolinis, der Hunderttausende wegen ihrer Gefinnung in die Gefängnisse werfen ließ und der die Zwangsarbeit einführt.

„Der Kaiser“ findet das, was Mussolini tut, „nachahmenswert“. Meint er damit die Verknechtung der Deutschen in Südtirol?

Das alles steht das nationalparteiliche Blatt seinen Lesern ohne ein Wort eines Kommentars vor. Was Mussolini an der italienischen Arbeiterklasse verbrochen hat, möchte das Unternehmernorgan gar zu gerne auch den deutschen Arbeitern juteil werden lassen. Um diesen Preis verzicht es sogar die Unterdrückung der Deutschen in Südtirol und begeistert sich für den Faschismus.

### Traktanten und Staatsprache.

Geht es der Tabakregie zu gut?

Der famose Erlaß der böhmischen Finanzlandesdirektion, wonach auch von den Traktanten im deutschen Gebiete Kenntnis und Gebrauch der Staatsprache verlangt wird, hat begrifflicherweise viel Staub aufgewirbelt und unter den Betroffenen große Erbitterung hervorgerufen. Bemerkenswert ist, daß nach unseren Informationen Finanzminister Trapl von dieser Maßnahme nicht informiert war. Es dürfte sich also um die Sonderaktion eines nationalistischen Heißspornes in der Finanzlandesdirektion handeln, die hoffentlich mit aller Beschleunigung liquidiert wird.

Die betreffenden Herren sollten auf alle Fälle darüber nachdenken, ob ein solches Vorgehen geeignet ist, den Konsum der Erzeugnisse der staatlichen Tabakregie zu fördern.

An dem Riesenumfah dieses Monopolunternehmens, welches schließlich bisher dem Staate jährlich mehr als eine Milliarde eingebracht hat, sind doch die Minderheitsbürger nicht zum geringsten Teile beteiligt.

In diesem Zusammenhange ist wohl die Frage unseres Karlsbader Bruderalters „Volkswille“ berechtigt, ob man in Zukunft vielleicht auch von den Käufern der Erzeugnisse der staatlichen Tabakregie die Kenntnis der Staatsprache verlangen will. Bei dem Rückgang, den der Absatz von Rauchmaterial seit der letzten Preiserhöhung erfuhr, ist es am wenigsten angebracht, auch diesen Zweig der Staatswirtschaft zu einem Tummelplatz für chauvinistische Huzarenstreiche zu machen.

Ueber die Belegung der Investitionstätigkeit ohne Finanzprüfung der staatlichen Einkünfte äußerte sich Genosse K. G. K. in einem Vortrage, wobei er vor allem darauf hinwies, daß in der Tschechoslowakei noch viel zu wenig für die Unterhaltung der notwendigen öffentlichen Bauten getan wurde, welche die produktive und dabei eine rentable Investition darstellen. Die finanziellen Mittel, welche eine halbe bis eine ganze Milliarde betragen würden, könnten durch eine staatliche Baukosten-Aktion, durch Vergabe von Eisenbahnbudgets für zwei Milliarden Kronen, der Schaffung eines Fonds für Ausbau des Telefonwesens, des Gesundheitswesens und der Durchführung von Rehabilitationsarbeiten beschafft werden. Auch für die Finanzierung von Arbeiten im Bereiche der Selbstverwaltung, z. B. Straßenbauten, könnte anders abgesehen werden. Die Ausführungen des Genossen K. G. K., welche sich auch auf eine Reihe anderer Fragen der öffentlichen Finanzen und der Verwaltung erstreckten, fanden lebhaftes Interesse.

# Eine sozialpolitische Tat.

### Berufskrankheiten-Vorlage vom Senat verabschiedet.

Prag, 11. Mai. Der Senat genehmigte heute die Vorlage des Fürsorgeministeriums über die Berufskrankheiten, die der Referent Genosse Johannis als eine große Tat auf sozialpolitischem Gebiete bezeichnete und für deren Durchsetzung er dem Fürsorgeminister Genossen Dr. Czech den warmen Dank aussprach. In der Tat geht die Vorlage über den Rahmen der internationalen Konvention vom Jahre 1925, die gleichzeitig gutgeheißen wurde, wesentlich hinaus, da ein viel größerer Kreis von Personen in die Entschädigung der Berufskrankheiten einbezogen wird als es die Konvention und auch die Gesetzgebung in einer Reihe von Nachbarländern vorseht.

Der Referent Johannis hob hervor, daß der Ausschuss das Verzeichnis der Berufskrankheiten

noch um jene Krankheiten erweitert hat, die aus Chromvergiftungen entstehen. Injere weitere Aufgabe müsse es sein, die Berufskrankheiten nicht nur wie Unfälle zu entschädigen, sondern durch entsprechende Maßnahmen von vornherein zu verhüten. Die hierzu notwendige hygienische Ausgestaltung unserer Betriebe müsse durch besondere Aufsichtsorgane im Einklang mit dem staatlichen Gesundheitsamt und der Gewerbeinspektion herbeigeführt werden.

Zu der Vorlage nahm Genosse Dr. H. Palme vom sozial-ärztlichen Standpunkt Stellung, während Genosse Palme gesetzliche Schutzmaßnahmen für die gefährdeten Keramarbeiter verlangte.

### Das Ergebnis sozialdemokratischer Arbeit!

Genosse Dr. Holtscher verwies darauf, daß das internationale Abkommen über die Berufskrankheiten bei uns sieben Jahre liegen geblieben ist. Die bürgerliche Koalitionsregierung hatte für derartige Dinge, wie es die Gesundheit der Arbeiterschaft ist, kein Interesse. Erst als 1929 ein Sozialdemokratischer Minister für soziale Fürsorge wurde, hat er sich sofort dieser Sache angenommen.

Die Berufskrankheiten werden jetzt in ihrer versicherungsmäßigen Behandlung den Unfällen gleichgestellt. Die Vorlage bringt mit vollem Rechte keine Definition des Begriffes Berufskrankheit, denn diese wäre immer ungenügend und unzureichend. Es wird vielmehr eine Liste der Berufskrankheiten und derjenigen Betriebe, in denen sie vorkommen, aufgestellt. Dies war sicher die beste Lösung. Der Vorlage hat die reichsdeutsche Verordnung als Grundlage gedient, wir können aber mit Genugtuung feststellen, daß unsere Liste über die deutsche Verordnung hinausgeht. Dazu kommt, daß der Fürsorgeminister ermächtigt wird, diese Liste gegebenenfalls noch zu erweitern.

Als besonders begrüßenswert bezeichnet Redner die Bestimmungen über die Anerkennung einer vorübergehenden Zusatzrente für den Fall, daß ein Kranker sich einen anderen Beruf suchen will, in dem er der Gefahr einer neuen Erkrankung nicht mehr ausgesetzt ist. Ein Rechtsanspruch darauf besteht allerdings nicht.

Unter den angeführten Berufskrankheiten haben für uns namentlich

#### Die Erkrankungen durch Radium und Emanationen

besondere Bedeutung. Seit Jahren bemühen wir uns, ein Gesetz durchzubringen, das die Arbeiter in den Joachimsthaler Bergwerken davor schützen soll, schon in jungen Jahren dem Dreck und dem Tode anheimzufallen. Bisher sind alle Bemühungen an bürokratischer Engstirnigkeit gescheitert. Umso mehr heißen wir es willkommen, daß wenigstens in dem vorliegenden Gesetz für diese Menschen eine leichte Verbesserung dadurch geschaffen wird, daß man den Lungentrebs, den sie sich dort holen, unter die Berufskrankheiten einreicht, so daß sie, wenn sie erkranken, wenigstens in den Bezug einer Rente kommen. Ein zweiter wichtiger Fortschritt besteht darin, daß

### Schützt die Keramarbeiter!

Genosse Palme beschäftigte sich vornehmlich mit den sozialen Schutzbestimmungen, wie sie in einer Reihe von Ländern bei der Porzellan- und Steinzeugherstellung gehandhabt werden, um dazutun, wie weit wir auf diesem Gebiete gegenüber vielen anderen Staaten noch im Rückstande sind.

Am weitesten geht das englische Gesetz zum Schutz der Keramarbeiter, das namentlich wertvolle Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter enthält. Deutschland hat durch ein Gesetz im Jahre 1929 zwar die schwere Staublungenkrankung (Silikose) für eine Reihe von Betrieben als Berufskrankheit anerkannt, dagegen die großen Industriegruppen der Steinzeugherstellung (sowie die gesamte Grobkeramik) ausgenommen, was als ein schwerer Mangel bezeichnet werden muß. Die Töpfererzengnisse hat Verfügungen über das Ausnehmen heißer Ofen getroffen, wodurch blutarme und reichblutige Personen zu Arbeiten bei den Ofen überhaupt nicht herangezogen werden dürfen und das Betreten der Ofen erst bei einer Innentemperatur von nicht mehr als 50 Grad Celsius gestattet wird. Auch in Holland und Dänemark bestehen diesbezüglich gesetzliche Bestimmungen, deren Einhaltung durch die Gewerbeinspektoren streng kontrolliert wird. Sehr rückständig ist dagegen der Schutz der Porzellan- und Steinzeugarbeiter in Frankreich.

In Oesterreich sind bei uns bestehen keine gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter beim Ausnehmen heißer Ofen, obwohl dies eine der gesundheitsgefährlichsten Arbeiten ist. Es müssen daher ebenfalls Sonderbestimmungen geschaffen werden, die auch diesen Arbeitern den notwendigen Schutz bieten.

zumal ja der Aushubentag in den Brennhäusern nur auf dem Papier steht und die Arbeiter oft 25 bis 30 Stunden ununterbrochen bei ihren Ofen stehen müssen, bis der Brand fertig ist. Bei dringenden Arbeiten müssen sie die Ware aus dem heißen Ofen bei einer Temperatur ausnehmen, bei der ihnen die Haare verkohlt werden. Schwere Erkrankungen sind natürlich die Folgen dieser Arbeitsverhältnisse.

Ueber die ungeheure Schädlichkeit des Staubes bei der Bearbeitung keramischer Produkte brauche ich hier nicht viel zu sagen. Die große An-

#### Die Injektionskrankheiten

bei solchen Menschen, die sie in ihrem Berufe erwerben, als Berufskrankheiten behandelt werden. Bisher wurden Aerzte, Pflegerinnen, Krankenschwestern in Krankenhäusern und so weiter bei Erkrankung infolge beruflicher Ansteckung nicht anders behandelt, als Kranke überhaupt. Sie bekamen ein Jahr hindurch Krankengeld und waren dann oft der Verweifung und dem Hunger preisgegeben. Heute treten sie in diesem Fall in den Bezug einer Unfallrente. Die dritte Kategorie, die für uns besonders in Betracht kommt, sind die Krankheiten infolge von Staubbinspiration. Alle, die in Eisenwerken, Steinbrüchen, kurz überall dort, wo es viel Stein, Glas oder Metall gibt, arbeiten, Glasbläser, Metallarbeiter usw., sind in hohem Maße derartigen Krankheiten ausgesetzt. Wir haben Hunderte solcher Menschen, die keinen Anspruch auf Invalidenrente haben, weil sie nicht vollständig erwerbsunfähig sind, die aber immer wieder erkranken und von den Krankenkassen dann nicht anerkannt werden. Jetzt ist ihnen doch wenigstens eine kleine Rente, also eine sichere Existenz für ihr Alter, verbürgt.

Bezüglich der Durchführung des Gesetzes sind wir allerdings ein wenig misstrauisch, weil wir mit der Arbeiterunfallversicherungsanstalt nicht die besten Erfahrungen gemacht haben. Während die Zentralversicherungsanstalt bemüht, soziale Momente in den Vordergrund zu stellen und in Zweifelsfällen zugunsten des Geschädigten zu entscheiden, stoßen wir bei der Arbeiterunfallversicherung leider oft auf große Engstirnigkeit. Die Geschädigten werden verkürzt, ihre Renten auf das knappe bemessen und so viel als möglich herabgesetzt. Allerdings muß man zugeben, daß das zum Teil auf die Mängel des veralteten Gesetzes vom Jahre 1888 zurückzuführen ist, das der heutigen Zeit nicht mehr entspricht.

Genosse Holtscher erklärte, daß Minister Genosse Dr. Czech dem betreffenden Departement im Ministerium bereits den Antrag gegeben hat, eine Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes vorzubereiten. Das wird sicher schwere Kämpfe geben, aber wir wollen hoffen, daß es schließlich gelingen wird, diese Aufgabe durchzuführen.

zahl der Sterbefälle an Lungentuberkulose in meist recht jugendlichem Alter ist statistisch einwandfrei nachgewiesen. Dazu kommt, daß infolge der Krise ein großer Teil der Keramarbeiter zur Arbeitslosigkeit oder zur Kurzarbeit verurteilt ist und Not und Elend einen guten Nährboden für die Ausbreitung der Tuberkulose bilden.

Durch eine hygienisch einwandfreie Betriebsführung, sorgfältige Bekämpfung der Staubplage und bessere gesundheitliche Ueberwachung der Arbeiter könnte die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen wesentlich herabgedrückt werden.

Hand in Hand damit müßte allerdings auch eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne eintreten.

Nicht besser liegen die Verhältnisse in der Glasindustrie; besonders die Glasbläserereien sind als wahre Herde der Tuberkulose bekannt. Ich stelle daher an die Regierung das Verlangen, auch bei uns zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Keramarbeiter alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die gesundheitlichen Schäden beim Arbeitsprozeß zu beheben und besonders unsere jugendlichen und weiblichen Arbeiter vor allen großen Ausbeutungen zu schützen! (Beifall.)

Selbst der Sprecher der deutschen Nationalsozialisten konnte an der Vorlage nichts aussetzen, sondern mußte ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft zugeben und erklären, daß er für die Vorlage stimmen werde. Lediglich der kommunistische Redner Rindl konnte es sich nicht verlagern, auch diesen bedeutenden Erfolg des Fürsorgeministers geringfügig als bloßes „Englischpflaster“ hinzustellen.

Außerdem wurde noch kurzer Debatte die Regierungsvorlage über die innerstaatliche Gültigkeit von internationalen Verträgen über die Sozialversicherung angenommen. Das Gesetz soll die Möglichkeit bieten, durch Regierungsverordnung die Einzelheiten zur Durchführung internationaler Sozialversicherungsverträge festzulegen und sie dadurch möglichst bald in Wirksamkeit zu setzen. Nächste Sitzung Mittwoch, den 18. Mai um 16 Uhr.

# Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

### Die Arbeit der Samariter im ATUS.

Unsere Arbeiter-samariter beim ATUS, haben in den letzten Jahren durch zielbewusste Organisationsarbeit ein großes Ansehen erreicht: keine Turn-, Schwimm- und Spieltunde, keine Veranstaltung, kein Aufmarsch und keine Demonstration kann man sich ohne unsere Samariter vorstellen. Auch die anderen Arbeiterorganisationen wünschen oft die Mitarbeit unserer Samariter. In den Katastrophengebieten, auf den Ausflügen unserer wanderlustigen proletarischen Jugend, bei den Veranstaltungen der Sänger, Kinderfreunde, Freizeiter und besonders bei Veranstaltungen der Partei steht man unsere Samariter in Bereitschaft. Eine große Zahl von Kerzen, ein gut ausgebautes Bildungsgang macht unsere Arbeitersamariter fähig, diese Aufgabe zu erfüllen. Selbst zu großen Veranstaltungen sogenannten neutraler bürgerlicher Organisationen und auch in manchen Fällen durch die Behörden wurden unsere Arbeiter-samariter angefordert. Die große Aufgabe konnte diese Sparte aber nur erfüllen, weil sie strenge Disziplin hält. Jährlich mehrere obligatorische Uebungen, jährliche Ueberprüfungen und obligate Kurssteinnahme geben die Sicherheit, in ständiger Bereitschaft zu stehen. Vollständige Hingabe jeder freien Zeit für die Samaritertätigkeit zeichnet den Optimismus unserer Arbeitersamariter aus. Jetzt läßt wieder eine Delegation der Samariter unter den Frauen. Zu den Samariter-Abteilungen und Jugendformationen werden nun Samariterinnenzüge geschaffen. Eigene Verwaltung und besondere Schulung sollen unsere Samariterinnen weiterbringen und den Kreis derer erweitern, die sich freiwillig zu Helferdiensten den proletarischen Organisationen zur Verfügung stellen. Wir wünschen dieser Delegation den vollen Erfolg.

### „Arbeitervertreter!“

Als gestern im Senat das Gesetz über die Berufskrankheiten angenommen und damit dank den Bemühungen der Sozialdemokratie und des Ministers für soziale Fürsorge Gen. Dr. Czech eine alte Forderung tausender Arbeiter erfüllt wurde, taten sich einige kommunistische Senatoren durch folgende Zwischenrufe hervor:

„Was habt Ihr dafür bekommen?“

„Was zahlt Euch der Betischel dafür?“

Ein Kommentar hierzu ist wohl überflüssig!

### Bodenreform und Grundzusammenlegung.

Der Senat verabschiedete gestern nach längerer Debatte, die aber vorwiegend den Charakter einer allgemeinen Aussprache über die vielen Mängel und Fehler der tschechoslowakischen Bodenreform trug, eine Vorlage über die grundbücherliche Durchführung der Zuteilungen aus der Bodenreform in jenen Gebieten, wo gleichzeitig Komassationen (Grundzusammenlegungen) im Gange sind. Es betrifft dies lediglich 20 mährisch-schlesische Gemeinden, wo das Zuteilungsverfahren und die Komassation nach einem mährischen Landesgesetz zeitlich zusammenfallen. Zur normalen grundbücherlichen Eintragung wäre die Aufertigung genauer Pläne usw. durch das Bodennam erforderlich. Die darauf verwendete Zeit und Mühe wäre nutzlos, da durch die nachfolgende Komassation ohnedies sofort die Aufteilung der Parzellen völlig geändert wird. Das Gesetz sieht also für diese kurze Zwischenzeit eine Art provisorischer Grundbucheintragung ohne die sonst geforderten genauen Pläne vor; allerdings soll die Frist von vier Jahren nicht überschritten werden.

### Die Reform der Bergarbeiterversicherung.

Am 10. Mai fand im Ministerium für öffentliche Arbeiten die erste Sitzung der Kommission für die Neuregelung der Bergarbeiterversicherung statt. Eröffnet wurde dieselbe mit einer Ansprache des Ministers für öffentliche Arbeiten Ing. Johann Dostálek, der vor allem den Wunsch zum Ausdruck brachte, daß mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sanierung der Bergarbeiterversicherung die Arbeiten der Kommission raschestens fortgeschritten und zu einem alle Interessenten befriedigenden, gedeihlichen Ergebnisse führen mögen. Nach dieser Einleitung der Sitzung durch den Minister übernahm Professor Dr. Schoenbaum den Vorsitz, der auf verschiedene Umstände hinwies, die zur Hoffnung Anlaß bieten, daß die Lösung des gestellten Problems, die Bergarbeiterversicherungs-Neuregelung gelingen wird, insbesondere mit Rücksicht auf die zeitliche Verbindung der vorbereiteten Novellierung der Sozialversicherung mit der Sanierung der Bergarbeiterversicherung. Die engere Kommission, welche hierauf zusammentrat, beschloß, zu ihren Arbeiten einerseits ständige andererseits auch nur fallweise Experten beizuziehen. Außerdem wurde das Programm der weiteren Sitzung festgestellt, die regelmäßig allwöchentlich abgehalten werden sollen.

### Vor Pfingsten keine Spiritusreinigung.

Auch die gestrigen Beratungen der Spirituskommission haben nicht die erwartete volle Einigung gebracht. Die Tschechoslowakischen, die von ihren geforderten 50 neuen Brennereien nicht abgehen wollten, hielten sich zum Protest gegen den mangelnden agrarischen Verhandlungswillen von den Verhandlungen fern. Die übrigen Parteien verhandelten weiter und brachten in verschiedenen Punkten eine weitere Annäherung zustande, doch konnte ohne die Tschechoslowakischen nichts Abschließendes unternommen werden. Damit dürfte sich die parlamentarische Verhandlung der Spiritusvorlagen schon endgültig bis nach Pfingsten verschieben.

### Aufgeregte Kommunisten.

Dem „Duch Casu“ ist in den letzten Apriltagen ein geheimes Rundschreiben der kommunistischen Partei an einen engen Kreis ihrer Vertrauensmänner in die Hände gefallen, welches das „Právo Lidu“ am 30. April und die deutsche sozialdemokratische Presse in ihrer Folge vom 1. Mai abgedruckt haben. In diesem Rundschreiben, an das sich unsere Leser erinnern werden, mykieren die Kommunisten eingestehen, daß das Verhalten der freien Gewerkschaften im Kosjilik der Bergarbeiter mit den Unternehmern im Etschauer und Brüxer Revier zu einem Erfolg der Arbeiter geführt hat. Insbesondere die Durchsetzung der Wechselurlaubes bei vollkommener Einstellung der Massenentlassungen mußte als bedeutungsvoller Sieg der freien Gewerkschaften anerkannt werden. „Dadurch“ so heißt es in dem Flugblatt weiter „ist die Propaganda unserer Partei vor dem Verrat der Sozialisten erschwert.“ Dem mußte nun nach Ansicht der Kommunisten abgeholfen werden und so müssen, heißt es in dem Flugblatt, die freien Gewerkschaften und ihre Funktionäre um jeden Preis als Verräter hingestellt werden. Die Vertrauensmänner werden weiter aufgefordert, direkt die Arbeiter zu belügen und nicht davor zurückzusicheren, falsche Ziffern zu gebrauchen.

Die deutsche kommunistische Presse vom 4. Mai hat nun den „Duch Casu“, der die Nachlässigkeit zuerst gebucht hatte, der Dokumentenfälschung beschuldigt, aber der „Duch Casu“ hält in seiner Nummer vom 5. Mai die gegen die Kommunisten erhobenen Beschuldigungen aufrecht. Das Blatt wundert sich nicht, daß die Veröffentlichung des Dokumentes unter den Kommunisten Bestürzung hervorgerufen hat, da das Rundschreiben nur den vertrauenswürdigsten kommunistischen Funktionären zugesandt wurde. Als Beweis dafür, daß sich die Kommunisten tatsächlich so verhalten, wie ihnen in dem Rundschreiben angedroht wird, führt das Blatt folgenden Beweis an. In dem Rundschreiben heißt es nämlich auch unter anderem:

Wir stehen vor der Tatsache, daß wir eine ganze Reihe von Fällen haben werden, wo man ein Einschreiten beim Schiedsgericht für jene unsere Mitglieder der Betriebsräte verlangen wird, welche wegen der Streikaktion entlassen werden. Auch diese Frage muß so gestellt werden, daß sie nur vom Standpunkt der Interessen und der Bedürfnisse der A. P. O. geregelt wird. Es kann uns nicht gleichgültig bleiben, für wen wir uns einsetzen und für wen nicht.

Nach diesen Richtlinien gehen die Kommunisten nun tatsächlich vor. Samstag, den 20. April wurde vom Schiedsgericht die Zustimmung zur Entlassung des Mitgliedes des Betriebsrates des Sophienhospitals (im Etschauer Revier) Franz Sischlik gegeben. Niemand hat sich um den Streit gekümmert. Kein kommunistischer Abgeordneter, von denen seinerzeit 20 im Revier erschienen waren, hat sich für die Sache des Streiklers interessiert. Zur Gerichtsverhandlung kam nur als Vertreter des Streiklers ein gewisser Josef Herod, Vorsitzender des Betriebsrates eines anderen Schichtes, der aber am 3. Mai selbst vor dem Schiedsgericht stand und von niemandem vertreten wurde. In beiden Fällen haben die Arbeiter, um die es sich handelte, ihre Sache beim Schiedsgericht verloren. Die Kommunisten haben sich um die beiden Arbeiter überhaupt nicht gekümmert.

Auf die Charakterlosigkeit der Kommunisten wirkt folgender Vorfall, den wir gleichfalls dem „Duch Casu“ entnehmen, ein helles Licht. In dem Meinung der Kommunisten in Etschau wurde eine Karikatur des tschechischen Genossen Topinka getragen und die Teilnehmer des Anzuges färbten, Topinka sei ein Verräter. Das hinderte allerdings den Vorsitzenden des Betriebsrates der Grube Dreieinigkeits Kolar, der ein Kommunist ist, beim Genossen Topinka einzuschreiten, er möge die Entlassung des Mitgliedes des Betriebsrates Suda verhindern. Tatsächlich hat Genosse Topinka in dieser Angelegenheit interveniert. Wenn die Kommunisten das Wasser bis zum Halse reicht, dann gehen sie gern zu sozialdemokratischen Sekretären. Sonst aber können gewisse Elemente der kommunistischen Partei nicht genug das Maul aufreißen und die Charakter vom Verrat der Sozialisten gedankenlos nachplappern.

Rechtens greift der „Vorwärts“ die deutscher sozialdemokratischer Blätter auch deswegen an, weil wir die Abrechnung über die anlässlich des nordböhmischen Bergarbeiterstreiks unternommene Sammelaktion, die 300.000 Kronen ergeben haben soll, verlangen. Es fällt naturgemäß der kommunistischen Presse nicht ein, diese Abrechnung bekannt zu geben und sie vertritt sich hinter die Ausrufe, daß der Solidaritätsausdruck „nicht der sozialfaschistischen Tagespresse, sondern den Bergarbeitern“ Rechenschaft ablegen werde. Es ist die Pflicht des Streikerausschusses der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen und seine Kassagebarung von einem unabhängigen Revisor überprüfen zu lassen. Solange das der Direktionsklub nicht tut, wird er sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, den wir gegen ihn erhoben haben.

### Hefen-Wahlen am 3. Juli.

Darmstadt, 10. Mai. Das heftigste Gesamtministerium hat heute abends für die Neubildung zum heftigsten Landtag den 3. Juli bestimmt.

## Wöchentlich zwei Soldatenselbstmorde!

**390 amtlich festgestellte Soldatenselbstmorde in der CSN. innerhalb vier Jahren. — Und über die Gründe verrät die Statistik just das, was sie vertuschen will: die überwiegende Mehrheit der Selbstmörder sind Opfer des Militarismus.**

Der Minister für nationale Verteidigung hat Dienstag in Beantwortung einer Interpellation der tschechischen Genossen wegen der Häufung der Selbstmorde in der Armee die verlangte Statistik vorgelegt, aus der hervorgeht, daß zwischen 1927/28 und 1930/31 insgesamt 390 Soldaten in der Tschechoslowakischen Republik Selbstmord begingen. Als Selbstmordgrund wird in dieser Statistik angegeben:

- in 96 Fällen unglückliche Liebe oder andere sexuelle Gründe,
- in 64 Fällen unglückliche Familien- und Privatverhältnisse,
- in 28 Fällen Lebensüberdruß,
- 20 wegen Nervenerkrankungen,
- 7 wegen Existenzsorgen,
- 5 aus Heimweh,
- 13 wegen venerischer Krankheiten,
- 28 aus Furcht vor Strafe wegen Diebstahls,
- 9 aus Furcht vor Disziplinarstrafe,
- 8 aus Unlust zum Militärdienst,
- 7 aus Furcht vor Strafe wegen Vohvergehens,
- 7 aus Furcht vor Strafe wegen Desertion,
- 4 aus Furcht vor Strafe wegen Insubordination,
- in 57 Fällen blieben die Gründe des Selbstmörders „unbekannt“.

Bei oberflächlicher Betrachtung dieser Statistik könnte man nun vielleicht sagen, daß die Selbstmorde mit dem Militarismus gar nicht in so schrecklichem Maße zusammenhängen, denn nach der Zusammenstellung oben sollen nur 63 von den 390 Selbstmorden, also kaum ein Sechstel, dem Militarismus unmittelbar zur Last. Das Bild verschiebt sich aber schon bedeutend, wenn man — wozu aller Anlaß vorhanden ist (siehe die Schikanierungen!) — von den 57 Fällen mit „unbekannten“ Motiven den allergrößten Teil gleichfalls dem militaristischen System direkt zur Last schreibt. Und wenn man dann vollends zu erheben versucht — was freilich in Ziffern nicht festgelegt werden konnte — wie viele von den Selbstmördern aus unglücklicher Liebe, aus anderen privaten Gründen, aus Heimweh, wegen Krankheit, wegen Existenzsorgen und so weiter dennoch nicht den Freitod gewählt hätten, wenn ihnen eben nicht das Erleben beim Militär den Mut genommen und den Rest gegeben hätte, dann geht man gewiß nicht fehl mit der zwar durchaus und bewußt antimilitaristischen, aber keineswegs ungerechten Annahme, daß sich er-

lich mehr als dreihundert von den 390 jungen Menschen, die da in den letzten vier Jahren als Soldaten Selbstmord begingen, heute noch lebten und sich vielleicht ihres Lebens auch freuten, wenn das ihnen als unerträglich erscheinende Leid ihnen eben nicht entweder beim Militär widerfahren oder doch bedeutend verschärft worden wäre. Wer etwa mit schweren Familienorgen oder mit einer unglücklichen Liebe belastet ist, der hat es als Soldat noch viel schwerer und der seelische Gesamtzustand führt dann leider oft zu selbstmörderischer Verzweiflung. Und wer weiß, wie venerisch Erkrankte beim Militär medizinisch und auch sonst „behandelt“ werden, der wird seine Zivilstatistik abwarten müssen, um schließen zu können, daß auch diese Selbstmord-Armitäten beeinflußt ist. Schließlich seien der Vollständigkeit halber noch die 28 Selbstmörder erwähnt, bei denen die Statistik „Lebensüberdruß“ als Motiv angibt; alle diese könnten ebenfalls richtig unter die „unbekannten“ Motive eingereiht werden; denn jeder Selbstmord geschieht aus Lebensüberdruß und die Statistik hätte doch anzugeben, warum in diesen und jenen Fällen der Lebensüberdruß sich einstellte und zum Freitod führte.

Aus der Interpellationsbeantwortung durch den Verteidigungsminister ist schließlich noch an Hand der Statistik zu ersehen, daß trotz der fürchterlich hohen Gesamtzahl der Selbstmorde seit 1927/28 im letzten Jahre doch schon ein kleiner, erfreulicher Fortschritt, nämlich ein Zinken der Selbstmörderzahl zu verzeichnen ist. Aber auch das Jahr 1930/31 zählt immerhin noch 82 Soldaten-Selbstmörder, also durchschnittlich jeden vierten Tag einen Fall — eine Ziffer, die wohl von den anderen Militärsachen kaum erreicht werden dürfte. Die Patrioten haben allen Anlaß, sich ihrer zu schämen. Und wir werden unablässig auch weiterhin alles anbringen, was uns am tschechoslowakischen Militarismus über das Maß des militaristischen Lebens hinaus als unbedingt auszurotten erscheint, wenn die von der breitesten Öffentlichkeit mit Entsetzen erlarmte Selbstmord-epidemie in der Armee weichen soll.

Tadel wissen wir, daß bis zu einem gewissen Grade auch der Soldatenselbstmord aus militaristischen Gründen mit dem Militarismus zwangsläufig verbunden ist. Ein Grund mehr für uns, in unserem Kampfe gegen den Militarismus bis zu dessen Ausrottung keinen Tag zu erlahmen.

### Tagesneuigkeiten

#### Ein sicher wirkendes Mittel gegen die Wirtschaftstriefe

hat ein Betrüder in Schludenan gefunden. Da zerbrechen sich unsere Nationalökonomien die Köpfe, wie sie die aus den Augen getatene kapitalistische Wirtschaft wieder einzelen können und die Sache ist doch so furchtbar einfach: Man veranbaltet eine Bittprozeßion und wartet ab, wie sich die Geschichte auswirken wird. Da prangte nämlich am Sonntag, den 8. Mai, vormittags, auf dem Markte in Schludenan ein auf zwei Pfählen angemachtes Brett, auf welchem, mit Kreide geschrieben, folgender Aufruf stand:

#### Aufruf!

Bei günstiger Bitterung wird im Sinne der Wirtschaftstriefe und Arbeitslosigkeit heute nachmittag um halb 3 Uhr eine Bittprozeßion auf dem Kreuzberg geführt. Rege Beteiligung wird ermuntert! Sammelplatz bei der Kirche.

Na also, da wird es doch bald anders werden! Tag wir nicht schon früher darauf gekommen sind. Es scheint aber, daß nicht viel Leute den Sinn des Aufrufes begriffen haben. Es hatten sich nämlich nur etwa 50 Leute zu der „Prozeßion“ eingefunden. Na, vielleicht wird das nächste Mal besser.

#### Not lehrt — beten und musizieren.

„Not lehrt beten“, sagt ein altes Sprichwort, aber die vielen tausenden Arbeitslosen sind längst zu der Erkenntnis gelangt, daß der Hunger durch Gebete nicht zu beseitigen ist. Unzählige von ihnen, denen die Gesellschaft keine ausreichende Hilfe gewährt, haben sich nun aber doch entschlossen, aus eigenem gegen das Elend etwas zu unternehmen: Sie rüden mit Gesang und Musik der Not zuliebe, indem sie ihre gefanglichen und musikalischen Fähigkeiten nutzbringend zu verwerten suchen. In den Städten und großen Industriestädten kann man jetzt fast täglich Straßenfänger und Streifenmusikanten sehen, die in Gruppen zu zweit, dritt oder viert von Haus zu Haus gehen und den Bewohnern etwas vorsingen oder vorspielen, um als Entgelt dafür ein paar Nickelmünzen einzusammeln. Es ist nicht viel, was sie auf diese Weise erwerben. Bei den Reichen, die ihre Hausärten zumeist verpachtet halten, fällt nicht viel ab, in den Proletariatsvierteln, wo diese modernen fahrenden Sänger sehr gerne gesehen sind, ist Schmalhans selber Küchenmeister. Immerhin,

ein paar Kronen im Tag sind es doch und der argste Hunger kann damit schon gestillt werden. Freilich diese vornehme Art von Betteln ist kein Vergnügen, bei schlechtem Wetter, wo auch die Einnahmen spärlicher fließen, schon gar nicht. Aber was soll der arme Teufel von Arbeitslosen anders anfangen, wenn er sich am Leben erhalten und wenn er vor allem der tödlichen Langeweile, die das Nichtstun wider Willen bereitet, entfliehen will? Diese Stragenfänger und Streifenmusikanten sind nur der neue Versuch, zu dem die Verhältnisse greifen mußten, wenn sie nicht untergehen wollten. Sie sind eine Krisenerscheinung und eben darum zugleich eine Auflage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der die aktienbesitzenden Foulentz herrlich und in Frieden leben, die Arbeitswilligen aber faulenzten und hungern müssen. Es wird höchste Zeit, daß diese Ordnung endlich verschwindet. Demos.

#### Verbiligung der Schnellzugs-Rückfahrkarten.

Ab Freitag, den 13. Mai, fährt die Eisenbahnverwaltung, nachdem erst vor kurzem die Schnellzugszuschläge für die Entfernung von 101 bis 150 Kilometer um 6 Kronen in der dritten Klasse herabgesetzt worden sind, zu einer viel ausgedehnteren Verbiligung der Schnellzugsfahrkarten.

Es werden künftig Schnellzugsrückfahrkarten für alle Entfernungen mit einer 50prozentigen Ermäßigung des Schnellzugszuschlages ausgegeben werden. Dadurch verbilligt sich die Rückfahrkarte bei Entfernungen bis zu 30 Kilometer um 6, von 31 bis 150 Kilometer um 12, von 151 bis 250 Kilometer um 18, von 251 bis 500 Kilometer um 24 und über 500 Kilometer um 30 Kronen.

Nach den bisherigen Bestimmungen haben Rückfahrkarten bis zu einer Entfernung von 30 Kilometer zwei, bis 100 Kilometer drei und über 100 Kilometer fünf Tage Gültigkeit.

#### Der Nazilehrer als Kinderhändler.

##### Ziebzehn Kinder mißbraucht!

Vor einigen Wochen wurde in Reichenau (Oesterreich) der dortige Lehrer Fröh Sieghwein wegen Kinderhändlung verhaftet. Sieghwein wurde beschuldigt, sich an Schulmädchen aus seiner eigenen Klasse vergangen zu haben. Die seither durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß es nicht weniger als siebzehn Kinder gewesen sind, die den Lüstern dieses Erzlehrers zum Opfer gefallen sind. Sieghwein war bis etwa vor Jahresfrist Mitglied der Heimwehr. Dann

### Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen. Freitag.

Prag: 11: Schallplatten, 13:30: Bläser-Quartett, 17:05: Violinsonaten, 18:35: Deutsche Sendung: Best-Uts: Aberglauben in Korpalhorland, 19:30: Leichte Orchestermusik, 20:30: Wie Der Cariboo zur Bermuda kam, Schauspiel von Tolstoj, 21:15: Orchesterkonzert, 22:25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Bretsch: Kommunismus in Mähren im 16. Jahrhundert. — Breslau: 16:30: Kleine Cellomusik. — Hamburg: 19:20: Scherz und Satire, 20:30: Werüber man in Amerika spricht. — Langenberg: 20:45: Sinfoniekonzert. — Rühlstedt: 20: Um Flüge um die Welt. — Wien: 16:45: Konzert.

wechselte er ins „Dritte Reich“ zu den Nazis hinüber und wurde im Reichenauer Bezirk ein führendes Mitglied der Hitlerianer und einer der ordinärsten Schreiber gegen die Nazisisten.

### 12.000 Morde!

Nach der amerikanischen Kriminalstatistik sind im Jahre 1931 in den Vereinigten Staaten 12.000 Menschen durch Mord oder Totschlag ums Leben gekommen.

### Brand im Zirkus Kludsky.

#### Während einer Schülervorstellung.

Aus Neuhaus wird uns geschrieben: Dienstag, den 10. d. brach um dreiviertel 19 Uhr in dem hier gastierenden Zirkus Kludsky ein Brand aus. Ueber dem Eingang geriet die Zeltleimwand, wahrscheinlich infolge der Nähe der Vogelkämpfer, in Brand. Die Feuergefahr war sehr ernst, da sich in dem Zirkus viel Schul Kinder aus der ganzen Umgebung befanden. Der Brand wurde im Keime erstickt.

**Disfaktion der „Arbeiterfürsorge“.** Der Bezirksverein Komotau der „Arbeiterfürsorge“ hat aus den Mitteln des Fonds, zu dem die beschriebenen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder während der Wintermonate allmonatlich einen bestimmten Prozentsatz ihres Gehaltes beigetragen haben, an 64 noleidende Genossen je 150 Kronen und an 35 Genossen je 100 K. zusammen also 13.100 K. als Unterstützungsbeträge zur Auszahlung gebracht.

### Ein Parlamentarier als Balkenschmuggler?

Wiener Blätter bringen die Meldung, daß in Lundenburg dieser Tage ein Reisender angehalten worden sei, der 900.000 Kronen über die Grenze nach Oesterreich schmuggeln wollte. Nach einer anderen Version sollen es sogar drei Millionen gewesen sein. Der „Telegraf“ will wissen, daß es sich um einen tschechoslowakischen Abgeordneten handle, der kürzlich als Abgeordneter von der Adokatenkammer diszipliniert wurde, weil er sein Mandat zu Hofamzwecken benutzte. Der liberale „Pravda“ will wissen, daß sich die Geschichte schon vor 14 Tagen abgespielt hat und ein bürgerlicher Senator aus Mähren in ihrem Mittelpunkt stehe. Nach andere Gerüchte sprechen von einem ungarischen Senator. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Behörden über diese Geschichte nicht den Tadel der christlichen Nächstenliebe breiten, sondern dafür sorgen, daß dieser Parlamentarier, wer immer es sei, der Öffentlichkeit mit vollem Namen genannt werde!

### Ein Rasteneindreher in Ruffig verhaftet.

Gestern wurde in Ruffig der 37jährige internationale Rasteneindreher Vladislav Jabrjewski, gebürtig aus Barichau, Kellner ohne Beschäftigung, verhaftet. Wie festgestellt wurde, war Jabrjewski für immer aus der Tschechoslowakei verwiesen worden. Es wurden bei ihm ein größerer Geldbetrag, ein Fahrplan usw. gefunden. Es scheint, daß Jabrjewski in der letzten Zeit wieder in der Tschechoslowakei „gearbeitet“ hat.

### Gorgulows Testament.

Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, der Russe Paul Gorgulow, hat sein vom Vorabend des Mordtages datiertes Testament an den Berliner Verlag Universitas geschickt. Die Universitas A. G. berichtet, daß sie bisher keinerlei Beziehungen zu Gorgulow unterhalten hat. In dem in russischer Sprache abgefaßten Testament heißt es: „Ich, der unterzeichnete Doktor der Medizin, Dichter und belletristischer Schriftsteller Paul Gorgulow, mit dem Schriftstellerschen Pseudonym Paul Brede, hinterlasse mein belletristisches Werk, den „Roman eines Kosaken“ in 636 Seiten Manuskript in russischer Sprache dem deutschen Verlag Universitas A. G., Berlin. Der Verlag ist verpflichtet, die Hälfte meines Autorenhonors meiner rechtmäßigen Frau... bis zu ihrem Tode auszuspielen... 3. Mai 1932, Monaco, Dr. Paul Gorgulow.“

### Doppelmord.

In Köln-Ehrenfeld erwürgte ein erst seit einem halben Jahre verheirateter 23jähriger Elektromonteur seine Frau und seinen zweieinhalbjährigen Sohn und stellte sich dann der Polizei. Gegen den Mann schwebte bereits vor einiger Zeit ein Untersuchungsverfahren wegen verdächtigter Tötung.

### Wiermal Zwillinge.

In einem Dorfe bei Dirmstein (Hunsrück) wurde eine Frau in den dreißiger Jahren zum dritten Mal von Zwillingen entbunden, hat b jedoch während der Geburt die Reugeborenen nicht wachgelassen. Der Vater ließ ihnen acht Kindern in dürftigen Verhältnissen.

### Die sozialistische Lehrerschaft

gegen Kultur- und Gehaltsabbau,  
für die Stärkung der Partei.

Am Samstag, den 7. Mai, fand im Ruffiger Volkshaus eine sehr gut besuchte Versammlung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer für die Bezirke Aussen, Bodenbach, Teplitz und Teplic statt. Die Lehrerschaft der drei genannten Bezirke war durch 12 Delegierte vertreten. Der Vorsitzende Genosse Hudl konnte unter den Gästen die Abg. Kirpal, Jassch und Kremsler, Genossen Macal als Vertreter der Kreisgewerkschaftskommission Aussen, den Genossen Roidörfer als Vertreter der Freidenker sowie Delegierte der öffentlichen Angestellten begrüßen. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Tätigkeit der „Reichsvereinigung“ im heurigen Vereinsjahre, besprach die neuen Sitzungen der Bezirksgruppen sowie die notwendige enge Zusammenarbeit zwischen „Reichsvereinigung“, Partei und den ihr zugehörigen Kulturorganisationen.

Hierauf besprach Genosse Abg. Jassch in einer mehr als einstündigen, von tiefer Sachlichkeit erfüllten, temperamentvollen Rede die Schul- und Kulturpolitik der Sozialdemokraten seit ihrem Eintritt in die Regierung. Ohne Scheu besprach er die Faktoren, die es verhindern, daß wir unser Kulturprogramm so durchführen, wie wir es gern möchten: Merkantilismus, Agrarismus und das Übergewicht des rückschrittlichen Ostens der Republik. Die beste Stütze in unseren Bestrebungen ist der Rückhalt an unserer tschechischen Bruderpartei. Freilich ist jetzt die Zeit für kulturelle Bemühungen infolge der katastrophalen Wirtschaftskrise nicht günstig. Im Mittelpunkt unserer Sorgen steht das Arbeitslosenproblem. Darin steht ein Stück Selbsterhaltung der Arbeiterklasse und der Partei. Zuerst muß der Mensch leben können. Der Redner besprach nun die Verbesserungen, die seit der Aera Döcker im Schulministerium und in der Schule überhaupt eingetreten sind: Schulreform, Sprengelbürgerliche, Lehrerausbildung, Kinderheimschulpolitik, Elternvereine, Fortbildungskurse für Schullehrer, Instruktionen für die Landesschulinspektoren, erleichtertes Uebertritt der Gewerbeschüler an die Technik, Schulrundsicht usw. Alle diese Fragen sind aber letzten Endes Machtfragen. In der gegenwärtigen Zeit ist aber die Schulpolitik nicht nur von der Wirtschaftspolitik abhängig, sondern auch von der wirtschaftlichen Situation. Das müssen alle Lehrer, besonders aber die sozialistisch eingestellten Lehrer verstehen. Die Sozialdemokratie war und bleibt die Partei der Schule. Sie erwartet aber auch, daß der Lehrer mit dem Arbeiter Hand in Hand im Kampf ums Brot und gegen die Reaktion gehen wird.

In der folgenden, sehr lebhaften und von hohem Niveau getragenen Debatte behandelten die Genossen Berger (Teplitz), Reizner (Bodenbach), Dr. Koblner (Teplitz), Abg. Kirpal (Aussen) und Abg. Kremsler (Teplitz), Repler (Bodenbach), Neumann (Aussen), Fritsche (Tarnitz) Einzelfragen der Schul- und Personalpolitik.

Zusammenfassend konnte der Vorsitzende Genosse Hudl feststellen, daß bei den sozialistischen Lehrern volles Verständnis für die gegenwärtige Situation herrscht, daß es aber sehr notwendig sein wird, den Kollegen in den anderen Lagern zu sagen, daß man von den Sozialdemokraten nicht nur Reformen in schulpolitischer, kultureller, finanzieller Hinsicht verlangen dürfte, sondern daß man ihnen zuerst die Macht geben müsse, diese Reformen durchführen zu können. Die Versammlung habe bewiesen, daß unsere Bewegung trotz der Ungunst der Zeiten im Erstarken ist, daß wir der Zukunft ruhigen Gewissens entgegengehen können.

### Better und Arbeitsleistung.

Jeder weiß aus eigener Erfahrung, daß das Wetter auf ihn in geistlicher und körperlicher Hinsicht einwirkt. Während die kälteren Einwirkungen stets ins Bewußtsein treten, bleiben die feinsten Einflüsse gewöhnlich unbemerkt. In heißen, sonnigen Tagen veripart man Arbeitslust; bei trübem, regnerischem Wetter sinken Arbeitslust und Laune. Der Amerikaner Ellsworth Huntington von der Yale-Universität hat nun kürzlich ausführliche Untersuchungen über die physiologischen Einwirkungen des Wetters auf den Menschen angestellt, um zu ermitteln, in welcher Weise die Arbeitsleistung mit dem Wetter ändert. Bei solchen Untersuchungen müssen, um Fehlerquellen möglichst auszuschalten, Kollektivleistungen kontrolliert werden. Zeigen sich bei solchen Kollektivleistungen Schwankungen, obwohl sämtliche Arbeitsbedingungen der beobachteten Personengruppe unverändert bleiben, so liegt es nahe, diese Schwankungen auf Witterungseinflüsse zurückzuführen, um so mehr, wenn die gleichen Witterungseinflüsse bei verschiedenen Arbeitergruppen gleichartige Leistungsschwankungen bewirken.

Quantitative Beobachtungen erstreckten sich auf Bodnarbeiter in verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten. So wurden zum Beispiel drei Betriebe in Connecticut beobachtet, die Metallwaren erzeugen. Die Arbeit selbst war vorwiegend gleichartig, beanspruchte aber doch Aufmerksamkeit und Handfertigkeit. Vier Jahre lang wurde der Wettereinfluß auf die Arbeitsleistung kontrolliert. Dabei zeigte es sich, daß die Leistungskurve im Winter ihren tiefsten Punkt erreichte und dann allmählich bis zum Juni anstieg. Zwei Jahre gelang es, das gleiche Verhalten im Hochsommer; immer aber erreichte die

Leistung ihren Höhepunkt gegen Ende Oktober, Anfang November. Auch in einer großen Fabrik elektrischer Artikel in Pittsburg wurde der Witterungseinfluß vier Jahre lang beobachtet. Die Jahresverläufe waren hier die gleichen wie im oben erwähnten Ergebnis. Stets wies der Winter die kleinste, der Herbst die größte Leistung auf. Bei wachsenden Zigarettenarbeitern in Tampa im Staat Florida zeigte die Sommermonate eine weitaus geringere Leistung als die Wintermonate. Die Sommerhitze ist hier bedeutend größer als in allen übrigen Beobachtungsorten.

Interessante Resultate ergab auch die Untersuchung des Witterungseinflusses auf die geistige Arbeit. Zu diesem Zwecke wurden die Leistungen von Studenten an den Akademien in Annapolis und Westpoint beobachtet. Die Leistungskurven wiesen hier zwei Höchstwerte, im Herbst und im Frühling, auf. In dem südlicher gelegenen Annapolis rücken die Maxima mehr gegen den Winter zu.

Sehr niedrige und sehr hohe Temperaturen sind demnach für die Arbeitsleistung durchaus ungünstig. Besonders Bärenwälder, die stark über 20 Grad Celsius hinaufgehen, bewirken eine wesentliche Verminderung

der Leistungsfähigkeit und Arbeitslust. Ferner zeigte sich, daß überdurchschnittliche Arbeitsleistungen hauptsächlich in Hochzeiten mit wechselndem Wetter, in denen weder besondere Kälte noch Wärme auftritt, festzustellen sind. Auch bei Betrachtung kürzerer Zeitabschnitte trat die vorteilhafte Wirkung mäßiger Temperaturen und von Temperaturänderungen häufig in Erscheinung. Die Leistung von Fabrikarbeitern war größer bei langsamem Steigen oder Sinken der Temperatur. Daraus geht hervor, daß ein wechselndes Klima die günstigsten Bedingungen für intensive Arbeit schafft. Dingen entgegen sind unermittelte Wärmegenahme oder -abnahme immer als nachteilig. In Neuseeland, wie überhaupt im Nordosten der Vereinigten Staaten, trägt das Wetter sehr wechselnden Charakter, im Gegensatz zum Süden, wo es sowohl im Sommer als auch im Winter wesentlich beständiger ist. Das erklärt die häufige noch geringere Leistung, daß die Arbeitsleistung im Norden der Vereinigten Staaten relativ größer ist als im Süden. Die vorteilhafte Wirkung der Temperaturänderung auf die Leistungsfähigkeit ist vor allem auf den durch sie bewirkten rascheren Blutkreislauf zurückzuführen, der günstige physiologische Wirkungen auf den Gesamtorganismus ausübt. (Zitiert nach Ewald Schick (Wien).)

## Frankreich und die Abrüstungskonferenz.

Es geht ums Ganze.

Der Standpunkt der tschechoslowakischen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz ist dem Standpunkte Frankreichs recht ähnlich und zeigt gleich diesem die ganze Doppelpassivität der Nachkriegsdiplomatie. Als kennzeichnende Beispiele für diese Ansichten und für den Standpunkt Frankreichs seien zwei Fragen herausgehoben, die eng miteinander zusammenhängen: die Einschränkung des Luftkrieges und das Verbot der giftigen Gase.

Frankreich verlangt, daß die rüstenden Staaten Kriegsluftzeuge nur bis zu einer gewissen Größe besitzen dürfen, alle großen Apparate sollen internationalisiert werden durch Uebergabe in die Verfügungsgewalt des Völkerbundes. Zweitens verlangt es die volle Internationalisierung der Handelsluftflotte und die Kontrolle des Völkerbundes über die Bewahrung ihres friedlichen Charakters.

Frankreich ruft immer wieder leidenschaftlich nach Sicherheit. Angerufen wie noch nie, ausgestattet mit einer Grenzfestungszone Deutschlands gegenüber, die nach dem Urteil der Fachleute selbst für Großkampftanks unüberschreitbar wäre, fühlt es sich doch unsicherer als je. Völlig Mißtrauen blüht es auf die chemischen Fabriken Deutschlands. Zwar sind die Deutschen im Nachteil, weil man ihnen nicht nur den Besitz von Kampfflugzeugen, sondern auch den von großen Handelsflugzeugen verboten hat; allein sie sind im Vorteil durch die größere Leistungsfähigkeit ihrer chemischen Industrie. Chemische Angriffe aus der Luft sind auch mit Handelsflugzeugen, die einigen Um- oder Anbau erhalten können, denkbar. Die Gegner Deutschlands behaupten immer wieder, daß diese Umwandlung der Zivil- in Kriegsluftzeuge leicht möglich ist; die deutschen Fachmänner bestreiten es ebenso entschieden. Die Wahrheit ist offenbar die, daß solche Flugzeuge den richtigen Kampfflugzeugen und Bombern an Leistungsfähigkeit nachstehen, daß aber auch sie großes Unheil anrichten können.

Frankreichs Abwehr gegen Luftangriffe ist ebenso großzügig organisiert wie die für den Landkrieg; sie richtet sich hauptsächlich gegen Deutschland und England. Aber was auf festem Boden zureichen mag, wird unzulänglich in der dritten Dimension, im Luftraum. So stehen für Grenzen und Küsten Batterien von Rak (Flugzeugabwehrkanonen) bereit, aber sie können offenbar fast ebenso leicht überfliegen werden wie die Sperrestellungen. Darum ist das ganze Land in Abwehrzonen eingeteilt, die je 200 Kilometer breit, in zwei einander überschneidenden Richtungen ziehen; die einen parallel zur deutschen Grenze, die andere parallel zur Küste, die England benachbart ist. Ein System von Scheinwerfern, Hoch- und Signalapparaten, Abwehrgeschützen und Kampfflugzeugen soll das Land gegen landeinwärts liegende Kampfflieger des Feindes sperren.

Vergebliche Hoffnung! Kann man den Himmel unausgesehen mit Scheinwerfern und Schallverstärkern bis in 2000 Meter Höhe abhören? Die Sicherheit der Städte ist besonders auch der Hauptstadt Paris, ist kaum bedeutend erhöht. — Das Bewußtsein dieser Unsicherheit hat zu dem französischen Vorschlag geführt.

In einer Denkschrift, welche die französische Regierung am 19. April der Abrüstungskonferenz zugehen ließ, führt sie ihren Vorschlag im einzelnen aus. Eine „Internationale Vereinigung für Flugzeugtransport“ soll weitgehende Rechte an Ausübung und Ueberwachung der Luftfahrtrassen erhalten; die Umwandlung der Zivil- in Militärflugzeuge soll unmöglich gemacht werden. Dieser Vorschlag ist sehr radikal. Undenkbar, daß man nicht die Mitwirkung der Deutschen an der Ueberwachung auch französischer und englischer Flugzeuge zulassen müßte. Das wäre der Anfang zur gegenseitigen Kontrolle, die allein den Abbau des gegenseitigen Mißtrauens bringen kann.

Die Steigerung der Reichweite und vernichtenden Kraft der Kampfmittel ist so stark fort-

geschritten, daß nur die Wahl bleibt: radikale Verständigung oder Kriegsführung mit katastrophaler, völkervernichtender Wirkung. Das weiß auch die französische Regierung, aber gegenwärtig will sie von den beiden Möglichkeiten noch beide. Denn um die Trümmer, die ihr der Versailler Vertrag in die Hand spielte, herauszugeben, dazu ist sie bei der gegenwärtigen Macht ihrer Militärkräfte, des Rüstungskapitalismus und der chauvinistischen Phrase noch keineswegs bereit. Und darum will Frankreich die Beibehaltung der Kampfflugzeuge, will, daß diese bis zu einer gewissen Größe den rüstenden Staaten erlaubt bleiben, will das Verbot der Lufttruppen Deutschlands und Österreichs aufrechterhalten und ihnen zugleich die drohende Waffe der umbauwürdigen Zivilflugzeuge entwinden.

In dieser Form ist der französische Vorschlag undurchführbar. Er wäre nur geeignet, statt Völkerbund und Friedensidee zu stärken, die Abrüstungskonferenz zu sprengen!

Nun kommt Frankreich allerdings Deutschland und den kleinen Staaten entgegen. Als „Frucht monatlangen Studiums“ bringt es den Vorschlag, die stärksten Kampfflugzeuge ebenfalls zu internationalisieren und nur die Verfügung über kleinere Kampfflugzeuge den rüstenden Staaten zu belassen. Damit erziehe der Flugkampf auf Kriegsgeldern und Gasse beschränkt. Aber sofort erheben sich drohende technische Probleme: hat Frankreich nicht Flugzeuge, die trotz geringerer Größe weit genug reichen, um auch das tiefere Hinterland zu bedrohen? Das Flugzeug in der Westentasche? Könnte doch ebenso gefährlich werden wie das große. Hat es nicht neue Giftgase, von denen schon die kleinen Bomben aus leichteren Flugzeugen ausreichen, um ganze Städte zu bedrohen?

Wieder einfach in technischer Hinsicht liegt der Fall bei dem Verbot der giftigen Kampfstoffe. Ihre Schöpfung nach Krieges- und Friedenszeit ist nicht wohl durchzuführen. Als deutliches Beispiel sei das Phosgen angeführt, eines der allerheftigsten Giftgase. Es hat im Krieg, besonders in Händen der Franzosen, eine furchtbare Wirkung geübt und ist durch die mitten im Frieden eingetretene Hamburger Phosgenkatastrophe vom 20. Mai 1928 noch bekannter geworden. Dieses Giftgas ist ein Zwischenprodukt bei der Erzeugung von Anilinfarben und wird in Friedenszeiten zu diesem Zweck hergestellt. Aber auch die Fabrikation solcher Gifte, welche keine Friedensverwendung finden, wie Senfgas, entzieht sich offenbar der Kontrolle, so lange die Industrie überhaupt mit Fabrikgeheimnissen arbeitet. Darum konnten, als wiederholt Verbote der Gaswaffen beschlossen wurden, die Rüstungsindustrie erklären; in keinem Kriege würde einer der Streitkräfte sich hindern lassen, jedes Mittel, das den Sieg näherbringt, anzuwenden.

Auch die tschechoslowakischen Bevollmächtigten auf der Abrüstungskonferenz sind vor die Frage gestellt: haben wir für die Bevölkerung unseres Staates zu sorgen oder für die Stützung des militärischen Machtstems Frankreichs? Die Gefahr, welche Prag, Brünn und vielen anderen Städten von Luftangriffen droht, kann nicht behoben werden ohne Abbau des gegenseitigen Mißtrauens, d. h. ohne daß den anderen Staaten Gelegenheit geboten wird, sich von unserem Friedenswillen an Ort und Stelle zu überzeugen, so wie wir von dem ihren. Wie weit der Standpunkt der Tschechoslowaken hiebei noch entfernt ist, das zeigt sich in der Verschiedenheit seiner Anforderungen an die Sicherung des Friedens.

So viel scheint schon festzustehen: auf dem Gebiet der chemischen Abrüstung wird es nur die große Entscheidung „alles oder nichts“ geben. Aber auch in den Fragen der Lufttruppen scheint es nicht möglich zu sein, der Kriegsstelle einige Zähne auszuberechen; man wird das Ungeheuer selbst zur Strecke bringen müssen. Es geht ums Ganze. Die Entscheidung im Sinne der Friedensidee herbeizuführen, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, der einzigen Macht, die endlich die Sache des Friedens vertritt.

E. B.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Ausweis der Nationalbank vom 7. Mai widerspiegelt sehr deutlich die allgemeine wirtschaftliche Situation unseres Staates. Der Notenumlauf ist, wie in den letzten Monaten, trotz der Drosselung der Warenumsätze infolge der Krise noch immer ziemlich hoch, was zweifellos mit der Fortung größerer Mengen von Banknoten, vor allem aber von Fünfzig, zusammenhängt. Viele Später glauben bei der allgemeinen Unsicherheit der Kreditwirtschaft, daß der Besitz von Bargeld sicherer als der Besitz einer Spareinlage ist. Am 7. Mai waren 6.572 Millionen Banknoten im Umlauf, um 367 Millionen Kronen weniger als am 30. April. Der Goldvorrat der in den letzten zwei Jahren eine starke Steigerung erfährt, ist ganz geringfügig, nämlich nur um 33.000 Kronen gegenüber der Vorwoche, gesunken. Der Devisenvorrat weist eine Abnahme um 4.8 Millionen auf, ist aber noch immer — infolge der Devisenbewirtschaftung — höher als zur gleichen Zeit des Vormonates, wenn auch wesentlich niedriger als Ende März 1931. An der Bewegung des Devisenvorrates läßt sich deutlich die Entwicklung unserer ausländischen Wirtschaftsbeziehungen verfolgen. Die Nationalbank besaß Ende März 1931 noch 2.07 Milliarden Devisen und Valuten. Ende März aber nur noch 784 Millionen, und am 7. Mai d. J. 1.18 Milliarden Kr. (Der Aufstieg in der letzten Zeit ist eine Folge der französischen Anleihe.) Die Deckung unserer Banknoten mit Gold und Devisen weist seit der Einführung der Devisenbewirtschaftung bemerkenswerte Schwankungen auf. Sie soll nach dem Gesetze vom Jahre 1925 in der Regel 35 Prozent betragen, bewegte sich aber seit Mitte vorigen Jahres zu meist darunter. Zeit Beginn dieses Jahres hat sich die Deckung erhöht und ist jetzt höher als das Gesetz vorschreibt. Am 7. Mai betrug die Deckung unseres Notenumschlages 39.1 Prozent.

## Gerichtssaal

### Der Kampf eines Arbeitsinvaliden.

Der Versorgungsanspruch eines Stodawerkes.  
(Vom Versicherungsbeschwerdegericht.)

Prag, 11. Mai. Vor dem Versicherungsbeschwerdegericht, das dem hiesigen Ziviltribunal angegliedert ist, gelangte dieser Tage ein bemerkenswerter Streit zur Austragung. Der Kläger war ein Beamter der Stodawerke, der von dem Pensionsinstitut dieses Unternehmens die Zuerkennung einer Invaliditätsrente nach § 17 des Pensionsversicherungsgesetzes beantragte, mit seinem Anspruch jedoch abgewiesen wurde. Der Kläger wurde vom Sekretar des Einheitsverbandes der Privatangehörigen Anton Horst vertreten.

Der Fall ist bezeichnend. Kläger hat einen vorliegenden körperlichen und geistlichen Zusammenbruch erlitten. Seine Konstitution war den Dienstleistungen auf die Dauer nicht gewachsen. Nach den sorgfältig zusammengetragenen und begründeten Ausführungen der Klage hatte er ein zwölf- bis vierzehnjähriges Arbeitsverhältnis pro Tag zu absolvieren, und zwar auch bei geringstem Frost in ungeheizten und offenen Arbeitsräumen. Die Folge war eine lässartige Nieren- und Blasenentzündung, befallend eine der tödlichsten und hartnäckigsten Erkrankungen. Wo es gibt

Hand in Hand damit ging ein schwerer Verfall der Geisteskräfte, die Ueberarbeitung unter solchen Verhältnissen führte zu einer schweren Nervenzerrüttung mit allen ihren Folgeerscheinungen, wie Fieber, Schläfrigkeit; wieder Patient mußte längere Zeit in einer Krankenheilanstalt interniert werden. Das Gutachten objektiver Fachärzte bezeichnete ihn als erwerbsunfähig und erachtete die Voraussetzungen des § 17 des Invaliditätsgesetzes als gegeben. Das letztere begründete und belagte Schluß am Zuerkennung der Invaliditätsversorgung wurde trotzdem, wie erwähnt, vom Pensionsinstitut der Stodawerke abgelehnt. Dieses Institut ließ es sogar auf eine Klage ankommen und beantragte vor dem Beschwerdegericht auch die Abweisung des klägerischen Anspruches.

Das Gericht war aber anderer Ansicht und verurteilte das Pensionsinstitut der Stodawerke zur Zuerkennung der Invaliditätsrente und deren Bezahlung rückwirkend vom Dezember 1930. Die richterliche Entscheidung stützte sich vor allem auf das einseitige ärztliche Gutachten des Dozenten Dr. Sebel, der nach gewissenhafter Analyse des Falles zu dem Urteil gelangte, daß hier zweifellos ein Fall vorliege, der die Bedingungen des § 17 erfüllt.

### Die Sachverständigen über Antos.

Schuldig in mehreren Fällen.

Prag, 11. Mai. Nach Uebernahme zweier weniger bedeutender Zeugen kamen die Sachverständigen zum Wort, die Fall für Fall vorzunehmen und sich über die Schuldfrage äußern. Dem wurden fünf Fälle begutachtet. Regierungsrat Dr. Spacc erklärt als Sachverständiger, daß der Angeklagte in mehreren Fällen schuldhaft Handlungen begangen hat. Wir bringen nach Abschluß dieses wichtigsten Punktes des Berichtsverlaufs einen summarischen Bericht. Vorläufig verläuft die Verhandlung in überaus weilschweifigen Auseinandersetzungen und Bolemiken zwischen Verteidiger, Staatsanwalt und den Sachverständigen. Ob bei der langsamen Entwicklung des Verfahrens dieser Prozeß wirklich am Samstag beendet sein wird, wie angenommen wurde, steht dahin. eb.

